

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie
= Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 2 (1976)

Heft: 2

Artikel: Probleme der strukturellen Differenzierung in kleinen Gesellschaften :
ein soziologischer Beitrag zur Theorie des Kleinstaates

Autor: Geser, Hans / Höpfliger, François

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-815154>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

PROBLEME DER STRUKTURELLEN DIFFERENZIERUNG IN KLEINEN GESELLSCHAFTEN

Ein soziologischer Beitrag
zur Theorie des Kleinstaates

Hans Geser und François Höpflinger

ZUSAMMENFASSUNG

Weil kleine Gesellschaften auf der Basis einer kleinen Bevölkerung dennoch den grössten Teil der in einem hochentwickelten Land üblichen funktionalen Leistungen mit eigenen organisationellen Mitteln erbringen müssen (bzw. wollen), sind sie mehr als grössere Staaten mit dem Problem der Strukturknappheit konfrontiert. Diese Problematik, die sich insbesondere in einem föderalistisch gegliederten Land wie der Schweiz - auf den tieferen Niveaus (Kantone und Gemeinden) wiederholt und potenziert - verlangt nach Lösungen, die der Substitution von struktureller Differenzierung (d.h. der 'Strukturersparnis') dienen.

Ein erster Weg besteht in einer Erhöhung der Selektivität: z.B. durch eine Verstärkung der Entscheidungscentren, die Prioritätslisten erstellen müssen und fähig sein sollen, die Ziele mit effizientem Einsatz der Mittel zu erfüllen.

Ein zweiter Weg besteht in einer Erhöhung der Polyvalenz:

- 1) durch Einsatz vielfältig verwendbarer Personen, die imstande sind, sehr viele Rollen zu akkumulieren und durch eigene Strukturierungsleistungen soziale Organisation zu ersetzen;
 - 2) durch Entwicklung von 'polyvalenter', für verschiedenste, wechselnde Zwecke verwendbarer Kultur und Technologie;
 - 3) durch die Förderung 'polymorpher' sozialer Organisationen, die deshalb mit wenig Struktur auskommen, weil sie imstande sind, ihre Organisationsform je nach Bedarf zu modifizieren.
-

RESUME

Si un Etat est peu peuplé et qu'il cherche quand même à assumer la plupart des fonctions d'une société moderne avec ses propres capacités d'organisation sociale, il est confronté au problème de la "rareté" de ses structures et donc à la nécessité d'une économie de celles-ci.

Si en outre cet Etat se compose (comme, par exemple, la Suisse) d'une multitude de sous-systèmes semi-autonomes, cantons et communes, cet impératif d'économie doit être encore renforcé: des mesures spéciales visant à réduire la croissance de la différenciation et de la spécialisation doivent être envisagées.

Une des solutions consiste en l'amélioration de la capacité qu'a une société de sélectionner et de réaliser les objectifs sociétaux, c'est-à-dire dans le renforcement de l'efficacité des centres de décision politique.

Une seconde solution consiste à développer la polyvalence:

- 1) au plan des personnalités individuelles: en exploitant les multiples aptitudes de rôle de certains individus, particulièrement celle consistant à produire dans des situations non définies par des normes préexistantes et non soumises à des contrôles sociaux stricts;
- 2) au plan culturel et technologique: en développant des procédures et appareils aux applications variables;
- 3) au plan de l'organisation sociale: en mettant en valeur des formes de coopération polymorphes, aptes à s'auto-transformer si le changement du contexte ou des tâches le demande.

1. PROBLEMSTELLUNG

Die Frage nach den spezifischen soziologischen Merkmalen kleiner hochentwickelter Gesellschaften hat vor allem in der international vergleichenden Forschung der Politologie ein gewisses Gewicht gewonnen (vgl. Lijphart, 1968; Weil, 1970; Vital, 1971; Dahl, Tufte, 1974; Eisenstadt, 1974) und zahlreiche Hinweise erbracht, die eine gute Grundlage für eine generellere Formulierung dieser Fragestellung abgeben können.

Das vorliegende Paper beschränkt sich auf die - infolge der Neuheit der Gedankengänge notwendig noch skizzenhafte - Diskussion einiger weniger Probleme kleiner Gesellschaften, wie sie aus den Schwierigkeiten ihrer endogenen strukturellen Differenzierung entstehen.

Im Sinne einer theoretischen Verallgemeinerung wird versucht, den konzeptuellen Rahmen der allgemeinen Systemtheorie anzuwenden und in dreierlei Hinsicht über bisherige Ansätze hinauszugehen:

1) Neben der sozialen Struktur werden die Bereiche der

- Kultur und Technologie
- individuellen Persönlichkeit

als zwei weitere gleichberechtigte Systemebenen eingeführt. Dadurch entsteht die Möglichkeit, die aus der Kleinheit einer Gesellschaft entstehenden Probleme in einem erweiterten Horizont sowohl kultursoziologischer als auch sozialpsychologischer Zusammenhänge zu sehen, so dass ein breiteres Spektrum von Phänomenen erklärt werden kann, und mehr Alternativen der Problemlösung ins Blickfeld kommen.

2) Die makrosoziologische Ebene, auf der sich das hier behandelte Problem eigentlich konstituiert, wird durch Anwendung organisationstheoretischer und mikrosoziologischer Theorie mit den unteren Niveaus sozialer Systembildung verknüpft. Daraus entsteht die Möglichkeit, 'vertikale' Kausalketten zu verfolgen, die vom umfassendsten Systemniveau der Gesamtgesellschaft ausgehen, und bis in die Mikrosphäre einzelner Organisationen, Kleingruppen oder sogar individueller Persönlichkeitsstrukturen hinunterreichen.

3) Der Begriff der 'Gesellschaft' wird soweit generalisiert, dass er nicht nur auf nationale Staaten, sondern auch auf kleinere territoriale Kontexte (z.B. Kantone und Gemeinden) angewendet werden kann. Bedingung ist, dass ein räumlich umgrenztes Sozialsystem identifizierbar ist, innerhalb dessen ein hinreichend grosser Sektor von Funktionen autark (d.h. ohne arbeitsteilige Interdependenz mit anderen Kontexten) erfüllt wird. (z.B. politische Administration, Schulbildung, Sozialfürsorge etc.)

Durch Berücksichtigung dieser theoretischen Ausweitungen lässt sich eine sehr allgemeine Problematik kleiner Gesellschaften definieren, indem man folgende fünf Prämissen miteinander kombiniert:

- 1) Hochentwickelte Gesellschaften haben miteinander gemeinsam, dass sie eine bisher unerreichte (und im Verlauf der sozio-ökonomischen Entwicklung zunehmende) Vielfalt hochqualifizierter Leistungen in allen Lebensbereichen (Wirtschaft, Politik, Medizin, Wissenschaft, Freizeit) erbringen.
- 2) Diese Steigerung des Funktionsbereichs beruht ganz zentral darauf, dass die Systeme, durch die sie produziert werden, eine höhere innere Komplexität erhalten: Neben der zunehmenden Komplexität der Technologien und der Persönlichkeitssysteme (z.B. durch bessere Ausbildung) erfolgt vor allem eine Erhöhung im Differenzierungsgrad sozialer Struktur.
- 3) Ein zentraler (wenn auch nicht der einzige) Aspekt der strukturellen Differenzierung besteht in einer 'horizontalen' sozialen Expansion: in der Angliederung immer neuer Elemente (Rollen, Organisationen, Institutionen), die funktional spezifiziert und zu komplexen arbeitsteiligen Systemen zusammengefügt werden (Durkheim, 1893; Parsons, 1959; Luhmann, 1971).
- 4) Diese 'horizontale' Form struktureller Expansion ist in hohem Masse auf eine Erweiterung sowohl der demographischen als auch der materiellen Basis angewiesen: weil für die Besetzung der neugeschaffenen Rollen immer mehr Individuen und Ressourcen (z.B. für Arbeitsmittel oder für Lohnzahlungen) benötigt werden.

Deshalb stösst sie vor allem in kleinen Gesellschaften auf Grenzen, weil diese nur über einen beschränkten absoluten Umfang

- ihrer Wohn- und Arbeitsbevölkerung
- ihres Nationalprodukts

verfügen.

- 5) Solche Beschränkungen sind relativ irrelevant, wenn die funktionalen Leistungen (wie z.B. bei Industrieprodukten oder bei zahlreichen kulturellen Leistungen) auf externen Märkten getauscht werden können. Hier können sich kleine Kontexte ungehindert spezialisieren, und die dabei auftretenden funktionalen Einseitigkeiten durch Importe oder Exporte wettmachen.

Bei Leistungen aber, die eine Gesellschaft - so klein sie auch ist - selbständig erbringen muss oder will (z.B. politische Funktionen, Landesverteidigung, Rechtspflege, Schulunterricht oder Sozialfürsorge) stellt sich das Problem, dass die zu solchen Zwecken erstellten Organisationen und Institutionen meist nur eine beschränkte personelle und materielle Basis besitzen und dement-

sprechend ein gewisses Mass an interner 'horizontaler' Differenzierung nicht überschreiten können.

Dadurch entsteht die Notwendigkeit, entweder auf gewisse, den grösseren Gesellschaften leichter zugängliche funktionale Leistungen zu verzichten, oder aber - für uns die interessantere, weil noch kaum diskutierte Möglichkeit - nach funktionalen Aequivalenzen für 'horizontale Strukturdifferenzierung' Umschau zu halten, um auf ressourcen- und struktursparende Weise die erwünschten Funktionen trotzdem zu erbringen.

Ein paar Beispiele mögen illustrieren, wie sehr sich zahlreiche Institutionen - weitgehend unabhängig von den konkreten Zielsetzungen der betreffenden Akteure - vor analoge Probleme gestellt sehen, die ihre Wurzel im begrenzten Differenzierungspotential kleiner Territorialeinheiten haben:

1. Kleinere Städte sind nicht gross genug, um sich gleichzeitig mehrere Theaterhäuser mit je verschiedenen Programmgestaltungen und Publikums-Adressaten leisten zu können. Angesichts der immer heterogeneren, von den Möglichkeiten grosser Weltstädte (New York, Paris, London) geprägten Theaterkultur entsteht die Schwierigkeit, sich gegenüber dem Reichtum an Alternativen entweder in erhöhtem Ausmass selektiv zu verhalten, oder Formen zu finden, um gleichzeitig eine Vielfalt von Ansprüchen im selben Haus und in derselben Saison zu berücksichtigen.
2. Die Schweiz ist zu klein, um - etwa ähnlich wie in den USA - eine voll ausdifferenzierte Soziologie tragen zu können, in der es für jede auch nur marginale Spezialisierung vollberufliche Experten gibt.

Daran knüpft sich die Frage

- inwiefern die Schweiz auf gewisse Dimensionen der Selbstreflexion, bzw. der 'Eigenthematisierung' verzichten muss, einfach weil sie gewisse Informationen über den internen Zustand ihres Systems nicht erwerben (bzw. verarbeiten) kann,
 - mit welchen Mitteln die wenigen schweizerischen Sozialwissenschaftler sich in die Lage versetzen können, möglichst viele der auf sie eindringenden heterogenen Problemstellungen zu bewältigen und trotzdem bei jedem einzelnen Problem ein hinreichendes Mass an Expertise zu verwirklichen.
3. Kleinere Gemeinden haben Mühe, den ihnen übertragenen Schulunterricht in so differenzierter Weise auszuge-

stalten, dass die Kinder jedes Jahrgangs besonders betreut und auf besondere Bedürfnisse hin orientierte Förderklassen oder Berufswahljahre eingerichtet werden können.

Inwiefern hat dies einen Einfluss auf die vermittelten Bildungsinhalte und die erreichten Lehrziele, sowie auf die Chance der Schüler, später in höhere Schulen überzutreten, und sich in den hochspezialisierten Berufsrollen einer modernen Gesellschaft zurechtzufinden?

4. Die Schweiz ist nicht gross genug, um die zumeist von und für grosse Länder konzipierten modernen Waffensysteme und militärischen Organisationsformen für ihre Landesverteidigung übernehmen zu können.

Wie werden die Selektionsprobleme gelöst, wie sie bei der Zuteilung der knappen Ressourcen auf notwendig nur wenige von vielen möglichen Abteilungen, Verteidigungskonzepte etc. entstehen, und bestehen Anstrengungen, um mit Hilfe möglichst polyvalenter Technologien, sozialer Organisationsformen oder Ausbildungsgänge das Leistungsspektrum auch bei der vorgegebenen knappen Ressourcenbasis zu erweitern?

5. In Kontexten mit kleiner Bevölkerung und geringer Gebietsausdehnung ist es wenig wahrscheinlich, dass sich verschiedene soziale Gruppen voneinander isolieren und eine ausgeprägte autonome Subkultur ausbilden können.

So hat wahrscheinlich die relativ starke siedlungsmässige und soziale Durchmischung der sozialen Schichten dazu geführt, dass keine typische Unterschichtkultur (wie sie z.B. in städtischen Ghettos üblich ist) und nur eine sehr unvollständige Klassensolidarität der Arbeiterschaft entstehen konnte.

Lässt sich mit demselben Faktor auch die Tatsache erklären, dass die meisten der ausserhalb der bedeutendsten Institutionen stattfindenden Aktivitäten - von der Kriminalität bis zur intellektuellen Reflexion, zum religiösen Sektierertum oder der politischen Opposition - einen wenig organisierten, labilen und oft individualistischen Charakter tragen?

Solche und ähnliche, mit der Kleinheit territorialer Kontexte zusammenhängende Phänomene und Problemsituationen werden im Falle der Schweiz noch durch zwei zusätzliche, weitgehend historisch bedingte Strukturmerkmale verstärkt:

- durch die ausgeprägten sozio-kulturellen Unterschiede zwischen verschiedenen Landesteilen, die zur Folge haben, dass zahlreiche territorial gebundene Funktionen (z.B. Schulunterricht, Massenmedien) je in verschiedenen

Sprach- und Kulturregionen gesondert erbracht werden müssen.

- durch die im politischen Bereich stark verankerten Prinzipien der Subsidiarität und des Föderalismus, die dazu führen, dass vor allem die kleineren Kantone und Gemeinden Mühe haben, die ihnen übertragenen Funktionen (der Bildung, Sozialfürsorge etc.) mit eigenen Mitteln adaequat zu erfüllen.

2. POLITIKEN ZUR LÖSUNG DES PROBLEMS

Wie die oben zitierten - und beliebig vermehrbaren - Beispiele zeigen, ist das Phänomen der 'strukturellen Knappheit' in Kleinstaaten universell und bedeutend genug, um als Ausgangspunkt für die folgende praxisbezogene Fragestellung zu dienen:

Welche verschiedenen Handlungsstrategien stehen kleinen Gesellschaften offen, um die aus dem beschränkten Differenzierungspotential entstehenden Probleme zu bewältigen?

Oder in konkreterer Fassung:

Wie kann sich ein Kleinstaat sozio-ökonomisch weiterentwickeln, und trotzdem seine Identität und Autonomieansprüche aufrechterhalten?

Oder in dritter Formulierung:

Gibt es funktionale Äquivalente für strukturelle Differenzierung?

Diese Fragestellung hat nur einen Sinn, wenn man 'strukturelle Differenzierung' nicht - wie bisher weitgehend üblich - zu den Definitionsmerkmalen der 'Modernisierung' rechnet, sondern zu einem der - unter Umständen auswechselbaren - Mittel, um 'Modernisierung' (im Sinne einer Erhöhung der gesamtgesellschaftlichen Funktionsleistung) zu erzeugen.

2.1. Verstärkung der Selektivität

Aehnlich wie die mit der 'Explosion der Erwartungen' ihrer Bevölkerung konfrontierten unterentwickelten Länder erfahren auch kleine hochentwickelte Länder das Problem, dass das Spektrum der Bedürfnisse und die Bandbreite vorstellbarer Güter und Dienstleistungen sehr rasch wächst, ohne dass die Differenzierung der sozialen Struktur damit Schritt halten könnte.

Als Folge davon entsteht in Entwicklungsländern ebenso wie in modernen Kleinstaaten ein besonders hoher Bedarf nach leistungsfähigen Entscheidungsstrukturen, die (z.B. auf Grund ihrer Autorität) imstande sind, aus einer grossen Anzahl vorstellbarer Alternativen möglichst legitime Selektionen zu treffen und gegenüber anderen Ansprüchen durchzusetzen.

Die Fragen

- welcher Flugzeugtyp im Militär beschafft werden soll
- welche Programmschwerpunkte im Schauspielhaus, im Fernsehen oder Radio gesetzt werden sollen
- welche Disziplinen und Forschungsschwerpunkte im Rahmen der nationalen Wissenschaftspolitik gefördert werden sollen

stellen sich in Kleinstaaten mit besonders unerbittlicher Härte: sie müssen auch dann (und meist unter Zeitdruck) entschieden werden, wenn keine allgemein anerkannten, 'objektiven' Kriterien beschafft werden können, um einer Alternative gegenüber allen anderen einen sicheren Legitimitätsvorsprung zu verschaffen: Jede beliebige Militärabteilung kann legitime Ansprüche auf bessere Ausrüstung geltend machen und jede wissenschaftliche Disziplin nimmt sich das Recht, auf die überragende gesellschaftliche Bedeutung ihrer Forschungen hinzuweisen.

In ähnlicher Weise können kleinere Gemeinden nicht das ganze 'Standardpaket' kommunaler Infrastrukturleistungen (Turnhalle, Schwimmbad, Jugendhaus, Kinderhorte, Kulturzentrum, Alterssiedlung etc.) verwirklichen, sondern müssen versuchen, die zahlreichen, in ihrer Legitimität durchaus vergleichbaren Bedürfnisse in eine Prioritätsliste einzuordnen.

Dadurch droht in kleinen Kontexten eine Situation zu entstehen, in der die mit Macht betrauten Akteure zwischen zwei Uebeln wählen müssen:

- auf gewisse, verfahrensmässig nicht legitimierbare Entscheidungen (auch wenn sie dringend getroffen werden sollten) zu verzichten
- die Entscheidungen trotzdem zu fällen, und dafür das Risiko eines Legitimationsdefizits einzugehen.

Als Folgeerscheinung einer solchen Spannung können drei - untereinander substitutive - Politiken auftreten, die allerdings völlig verschiedenartige 'Lösungen' des Problems anbieten:

1. Tendenz zur Oligarchisierung.

Es entsteht die Tendenz, die Entscheidungsgewalt auf sehr wenige hierarchische Spitzen ('Exekutiven') zu verlagern, die die Gewohnheit entwickeln,

- die Vorentwürfe (der Gesetzgebung etc.) so vorzustrukturieren, dass zahlreiche Entscheidungen bereits präjudiziert sind, und der Spielraum stark verkleinert ist, der für öffentliche Diskussion und für wissenschaftliche Fachexpertise noch zur Verfügung steht (vgl. Gierisch, 1974),
- die für öffentliche Entscheidungslegitimation unerlässlichen Verfahren zwar stattfinden zu lassen, aber auf 'Nebenschauplätze' kanalisieren und/oder deren Prozesse durch autoritative Entscheidungen 'kurzschliessen'.

2. Leistungssteigerung der Legitimationsverfahren

Eine zweite Alternative besteht darin, die Leistungsfähigkeit der innerhalb der Gesellschaft als legitim anerkannten Entscheidungsverfahren heraufzusetzen, um dadurch den Bereich rein 'willkürlicher' Entscheidungen einzuengen.

Im Bereich der durch Fachexpertise zu entscheidenden Probleme etwa stellt sich die Frage, auf welche Weise möglichst umfangreiche Informationsbestände rasch verarbeitet und für die Beurteilung verschiedener Handlungsalternativen nutzbar gemacht werden können: etwa in der Form besonders komplexer Computer-Anlagen, die imstande sind, für das Militär Flugzeug- oder Panzerevaluationen durchzuführen oder für PTT oder SBB die optimale Allokation von Investitionen zu errechnen.

In ähnlicher Weise könnte in kleinen Ländern ein besonders intensiver Bedarf nach dichten und wirkungsvollen interdisziplinären Kooperationsformen entstehen, wie sie sich beim heutigen Stand der - von grossen Ländern wie den USA geprägten - divergierenden und untereinander isolierten Fachdisziplinen nur schwer verwirklichen lassen.

Im Bereich der durch demokratische Abstimmungsprozesse zu entscheidenden Fragen stellt sich das Problem, die Leistungskapazität der öffentlichen Diskussion zu steigern, indem Mechanismen bereitgestellt werden, die den Beteiligten bei der Aggregation und Artikulation ihrer Interessen behilflich sein können.

Ein wichtiges - und in der schweizerischen Gesellschaft ausserordentlich verbreitetes - Mittel dazu besteht darin, zwischen die allgemeine politische Öffentlichkeit und den zentralen Akteuren (z.B. Staat) möglichst zahlreiche und wirksame intermediäre Assoziationen einzuschalten, die - indem sie plebiszitäre Interessen aggregieren und gegen-

über den höheren Entscheidungsniveaus zum Ausdruck bringen - als Selektivitätsverstärker dienen (vgl. Kornhauser, 1965; Tocqueville, 1835).

Bei Gruppen, die aus Gründen innerer Fragmentierung nicht zu einer selbständigen Aggregierung und disziplinierten Artikulation ihrer Interessen gelangen, besteht die Möglichkeit, dass der Staat - anstatt diese Aufgabe einfach zu usurpieren - institutionelle Arrangements bereitstellt, um die Gruppe zur Erhöhung ihrer autonomen Selektivität zu zwingen. Ein besonders interessantes Beispiel dafür bietet das Vorgehen des Wissenschaftsrates, der Einrichtungen geschaffen hat, um unter den Vertretern verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen - die sich freiwillig niemals zusammengefunden hätten - gemeinsame Diskussionen über die Festlegung von Forschungsprioritäten zu induzieren. Das Ziel bestand darin, der aus isolierten und rivalisierenden 'Subkulturen' zusammengesetzten Wissenschaftsinstitution zu einer die einzelnen Fachbereiche übergreifenden Selbststeuerung zu verhelfen, und dadurch den Bereich inkompetenter, an den Wertgesichtspunkten anderer institutioneller Ordnungen (Politik, Wirtschaft, Bildung etc.) orientierten wissenschaftspolitischen Entscheidungen zu verringern (vgl. Forschungsbericht SWR, 1973).

Schliesslich kann auch der in den Entscheidungsgremien der Schweiz überaus häufige Trend zur 'proportionalen Repräsentation' unter dem Aspekt der selektivitätsverstärkenden Wirkung betrachtet werden: Indem die obersten Vertreter an sich divergierender gesellschaftlicher Gruppen unter einer einheitlichen Regierungsverantwortung miteinander verbunden werden, wird die Polarisierung von Richtungskämpfen unter verschiedenen Elitefraktionen, die verschiedenartige und konfliktive Selektionen aufrechterhalten, behindert, und durch eine auf Kooperation aufgebaute und auf Konvergenz hinzielende Entscheidungsfindung ersetzt (Vgl. Lijphart, 1968).

3. 'Rationalisierung'

Eine dritte Möglichkeit besteht darin, die Selektivität nicht so sehr bei der Auswahl der Ziele als vielmehr bei der Zuordnung von Mitteln zu gegebenen Zielen wirksam werden zu lassen, und dadurch Fragen politischer Legitimation in Probleme ökonomischer Effizienz (bzw. in 'Sachzwänge') zu verwandeln. Dies kann in der Tendenz zum Ausdruck kommen, bereits bestehende individuelle Rollen, Organisationen oder Institutionen bis an die äusserste Grenze ihrer Belastbarkeit auszunützen, sowie in der Ausbildung und Applikation von betriebswissenschaftlichen Verfahren, die eine möglichst planmässige und präzise Allokation der Ressourcen ermöglichen. Eine besondere Problematik ergibt sich überall dort, wo die Erfüllung einer be-

stimmten Funktion einer einzigen Organisation, oder Arbeitsgruppe oder gar einem einzigen Individuum aufgebürdet werden muss.

Wenn die Fernsehinformation von der SRG, die Agronomie von dem dafür zuständigen ETH-Institut und das Studium bestimmter sozialer Probleme von einer einzigen Forschungsstelle abhängig ist, entstehen Fehlerrisiken und Störfälligkeiten, die bei grösseren Gesellschaften - wo das Risiko über zahlreiche Instanzen mit derselben Funktion gestreut werden kann - weniger Bedeutung haben.

Dieses Fehlen von Substitutionsmöglichkeiten hat zur Folge, dass die interorganisationelle und interinstitutionelle Arbeitsteilung nur funktionstüchtig bleibt, wenn jede einzelne der beteiligten Organisationen eine zuverlässige Leistung erbringt.

Eine solche Situation gibt Anlass zur Vermutung

- dass die zwischen den Organisationen nicht mögliche Risikostreuung durch strukturelle Arrangements innerhalb der einzelnen Organisationen (z.B. durch eine relativ segmentäre Innendifferenzierung) aufgefangen wird;
- dass ein hoher normativer Druck entsteht, um (z.B. durch Kultivierung von 'Disziplin' und Tabuierung von Streiks oder Absentismus) die interne Funktionstüchtigkeit und (z.B. durch dichte interinstitutionelle Orientierungen) die präzise Einpassung in die externe gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung zu gewährleisten.

Mit anderen Worten: Die Absorption der auf der umfassenden Ebene der Gesamtgesellschaft nicht reduzierbaren Risiken muss den unteren Systemebenen (z.B. der informellen Organisation oder den individuellen Rollenträgern) zugemutet werden.

2.2. Polyvalenz der Persönlichkeitssysteme

Insofern kleine Länder versuchen, auf der Basis ihrer geringen Bevölkerungszahl das umfangreiche Funktionsspektrum einer hochentwickelten Gesellschaft zu erfüllen, muss jedes ihrer individuellen Mitglieder durchschnittlich mit einer grösseren Bandbreite verschiedener Aufgaben als in bevölkerungsreichen Ländern belastet werden.

Das kann in zweierlei Weise zum Ausdruck kommen:

- a) Individuen kumulieren eine grössere Anzahl verschiedener Rollen;
- b) Die Leistungserwartungen jeder Rolle sind breiter und diffuser definiert.

In beiden Fällen entsteht daraus die Konsequenz, dass die einzelnen Individuen in vermehrter Masse mit persönlichen Adaptationsproblemen belastet und zur Entfaltung einer grösseren autonomen Handlungsselektivität gezwungen werden.

Die sozialen Strukturen werden 'personalisiert': in dem Sinne, dass die Lösung zahlreicher Aufgaben nicht mehr Gegenstand spezifischer Normierung und sozialer Kontrolle wird, sondern von den persönlichen Fähigkeiten der Einzelnen (z.B. ihrer individuellen Intelligenz, Erfahrung, Intuition) abhängig bleibt.

Rollenkumulation

bedeutet, dass dieselben Individuen sich gleichzeitig innerhalb verschiedener gesellschaftlicher Organisationen und Institutionen engagieren und beim Bestreben, sich der daraus entstehenden grossen Vielfalt von Aufgaben und persönlichen Beziehungen gewachsen zu zeigen, eine sehr differenzierte, zur flexiblen und 'polyvalenten' Anpassung fähige Persönlichkeitsstruktur benötigen.

In der Schweiz scheint eine solche Anhäufung von Rollen insbesondere innerhalb der Eliten weit verbreitet, wo dieselben Individuen neben ihrem Beruf oft gleichzeitig als Offiziere, Politiker, Verbandsvertreter und als ehrenamtliche Mitglieder zahlreicher Kommissionen tätig sind. In besonders institutionalisierter Form wird durch die 'Milizsysteme' des Militärs und der Parlamente eine in grösseren Ländern meist viel weniger verbreitete Form der Rollenkumulation erzeugt, die zur Folge hat

- dass die Rollenteilnehmer dieser Institutionen für zahlreiche andere Rollen (z.B. in der Wirtschaft) immer noch verfügbar bleiben;
- dass durch die multiplen Mitgliedschaften eine gewisse Koordination zwischen den verschiedenen Institutionen gesichert wird, für die sonst spezielle Organe geschaffen werden müssten (vgl. Gruner, 1973);
- dass die Leistungserwartungen der Mitglieder gegenüber der Institution relativ unspezifiziert und damit flexibel gehalten werden.

Die Diffusität der Rollen

entsteht dadurch, dass die in einer Position anfallenden Aufgaben so heterogen, fluktuierend und wenig voraussehbar sind, dass es keine einheitlich normierten, standardisierten Lösungswege gibt, und der Einzelne in höherem Masse autonome Strukturierungsleistungen erbringen muss.

Das hat zur Folge, dass es in kleinen Gesellschaften schwieriger ist

- bürokratische Organisationen aufrechtzuerhalten, die dem von Max Weber definierten Idealtypus nahe kommen;
- Berufsprofessionen zu stabilisieren, die ihre Mitglieder rigid auf bestimmte Ausbildungsgänge, und spezifische, von andern Tätigkeiten scharf abgegrenzte Berufsrollen fixieren.

a) Schwierigkeiten der Bürokratisierung:

Wenn eine einzelne Organisation sich anstatt einer spezifisch eingegrenzten Aufgabe einem undifferenzierten Bündel von unterschiedlichen Leistungserwartungen gegenüber sieht, ist eine starre bürokratische Struktur (die sich immer an fixen Zwecksetzungen orientiert) nicht mehr adaptiv. Besser geeignet erscheint ein flexibles 'organisches Management', (vgl. Burns/Stalker, 1961), bei dem die einzelnen Mitglieder - anstatt durch formale Regeln oder Entscheidungen einer hierarchischen Spitze geleitet zu werden - einen hohen autonomen Handlungsspielraum zugewiesen erhalten, und die Verhaltensprogramme in wechselnden informellen Gruppierungen je nach Situation ad hoc festlegen.

So ist z.B. anzunehmen, dass das Schauspielhaus einer kleinen Stadt infolge der heterogenen Programmansprüche, die es befriedigen muss, zu einer stärker unbürokratischen, 'informellen' Organisationsstruktur hingedrängt wird als etwa ein Theater in London, das seit Jahren die gleichen Stücke spielt.

Ebenso kann die Tatsache, dass die Schweiz einen zu kleinen Markt bietet, um eine routinisierte Produktion von Fertigbauteilen rentabel zu machen, dazu führen, dass die Bauunternehmungen den Charakter relativ unbürokratischer 'Projektorganisationen' (im Sinne von Perrow, 1970) behalten, die dazu disponiert sind, je idiosynkratische, untereinander schwer vergleichbare Einzelaufträge zu erledigen.

b) Schwierigkeiten der Professionalisierung:

Wenn die Mitglieder einer Berufsgruppe sich einem sehr heterogenen Angebot von Berufsrollen und einem breiten Spektrum von Verhaltenserwartungen am einzelnen Arbeitsplatz gegenübersehen, wird es disfunktional, nach professioneller Manier ein einheitliches, formalisiertes Berufswissen zu stabilisieren, und alle Berufsangehörigen stereotyp daraufhin auszubilden.

Wenn die Mitglieder ihre sozialen Aufstiegschancen optimal ausnützen wollen, müssen sie imstande sein, auch unabhängig vom spezifischen Berufswissen eine je individuelle Adaptation an die konkrete Arbeitsrolle (bzw. an die konkrete, im einzelnen nicht voraussagbare Aufgabe) vorzunehmen, und dabei auf individuell zugeschriebene Qualifikationen (z.B. 'Intuition', 'persönliche Erfahrung', 'unternehmerisches Talent') zurückgreifen, die nicht in formellen Ausbildungsgängen erworben werden können.

So ist die Schweiz wahrscheinlich nicht gross genug, um die - in grossen amerikanischen Städten übliche - Differenzierung der Juristenprofession in einzelne spezialisierte Subprofessionen zu erlauben: Jeder Rechtsanwalt mit seiner Privatpraxis muss sich dazu bereithalten, eine relativ diffuse Bandbreite sehr verschiedener Aufgaben (Erbschaftsfragen, Vertragsstreitigkeiten, jugendstrafrechtliche Funktionen etc.) zu erfüllen, und er muss neben seiner relativ allgemein gehaltenen Grundausbildung noch zahlreiche wenig operationalisierbare persönliche Qualitäten (z.B. 'Vertrauenswürdigkeit') in die Waagschale werfen, um seinen beruflichen Erfolg abzusichern.

In ähnlicher Weise fällt es den neu auftretenden Berufsgruppen (wie z.B. den Soziologen) in kleinen Ländern schwer, einen auch nur minimalen Grad an Professionalisierung durchzusetzen: Allzusehr sehen sich die einzelnen Mitglieder einer 'turbulenten' Umwelt von sehr heterogenen, teilweise widersprüchlichen Rollenerwartungen gegenüber. Wer seine Chancen ausnützen will, wird finden, dass persönliche 'Intuition' und 'unternehmerische Leistungen' mehr zum Berufserfolg beitragen als strikte Solidarität mit den Kollegen und eine allzu enge Rücksicht auf das in der formalen Berufsausbildung erworbene professionelle Wissen.

Aus diesen Tendenzen zur Informalisierung sowohl der makrostrukturellen als auch der innerorganisationellen Verhältnisse entstehen Folgeprobleme, die sich insbesondere auf die Sozialisierung und Rekrutierung der Individuen beziehen:

- 1) Wenn es nicht so sehr die spezifischen Ausbildungsqualifikationen als vielmehr die diffusen 'charakterlichen Fähigkeiten' oder 'individuellen Talente' sind, die für den sozialen Aufstieg im allgemeinen und für den beruflichen Erfolg im besonderen die grösste Bedeutung haben, ist zu erwarten, dass die für die Vermittlung dieser generellen Eigenschaften verantwortlichen Sozialisierungsinstanzen ein besonderes Gewicht erhalten. So müsste man z.B. finden, dass die Frühsozialisierung innerhalb der Familie auf die sozialen Aufstiegschancen einen unverhältnismässig hohen Einfluss hat, und dass es im

formellen Bildungssektor eher die generellen Kenntnisse und Fähigkeiten als die spezifischen Wissensbestände sind, die die spätere Karriere bestimmen. Ein Beispiel für diesen Zusammenhang bildet die recht häufige Beobachtung, dass kleine Gemeinden ihre Lehrer (die meist sehr zahlreiche kommunale Rollen zu übernehmen haben) eher nach diffus charakterlichen Kriterien rekrutieren, während grössere (vor allem städtische) Gemeinden das Schwergewicht eher auf spezifische Kriterien fachlicher Leistung legen.

- 2) Wenn es funktional ist, die individuell zugeschriebenen Charaktereigenschaften zum Kriterium der sozialen Mobilität zu machen, ist mit dem Auftauchen von Konsequenzen zu rechnen, die vor allem mit der geringen Operationalisier- und Objektivierbarkeit dieser Merkmale zusammenhängen. So entsteht z.B. bei organisationsinternen Beförderungen, die sich nicht auf klar explizierbare Kriterien (wie etwa das formale Bildungsniveau) abstützen, das Problem, dass sie nicht gut universalistisch legitimiert werden können, und dass die intime persönliche Beziehung zum Vorgesetzten eine grosse Rolle spielt.

Indem sich kleine Staaten in besonders hohem Masse auf qualifizierte Persönlichkeitssysteme abstützen, sparen sie nicht nur soziale Struktur, sondern sie gewinnen auch zusätzliche funktionale Kapazitäten, die sich beispielsweise in der Interaktion mit dem Ausland von Nutzen erweisen:

Wenn man davon ausgeht, dass kleine Staaten infolge ihrer geringen Autarkie eine besonders umfangreiche Kontaktfläche gegenüber dem Ausland aufrechterhalten (vgl. Eisenstadt, 1974), so ist damit zu rechnen, dass sehr zahlreiche Schweizer sog. 'Grenzrollen' ('boundary positions') übernehmen müssen, um (z.B. durch ausländische Studienaufenthalte, Aktivitäten des internationalen Handels oder der Diplomatie) die lebensnotwendigen Verknüpfungen mit der Aussenwelt aufrechtzuerhalten.

Für die Besetzung solcher Grenzrollen ist man nun in besonderem Masse auf autonome, innengeleitete Individuen angewiesen, weil die hierarchische Kontrolle schwierig ist, und weil die zu bewältigenden Aufgaben oft so idiosynkratisch und unvorhersehbar sind, dass kein formalisiertes Wissen zu ihrer Bewältigung zur Verfügung steht (Vgl. Luhmann, 1964).

Mit Hilfe autonomer Individuen, die, auf Grund internalisierter Handlungsdispositionen, unabhängig von äusserem Druck konform handeln und ihr Heimatland 'würdig repräsentieren', gewinnen kleine Länder die Möglichkeit für einen 'individualistischen Penetrationsstil', mit dessen Hilfe

eine Vielfalt weit verstreuter und wechselnder Chancen ausgenützt werden kann.

Ein Beispiel dafür bietet das über die ganze Erde ausgebreitete Netzwerk der 'Auslandsschweizer', die - z.B. indem sie im jeweiligen Kontext informelle Beziehungen knüpfen und Aufträge an die heimische Industrie vermitteln - dazu beitragen, dass die Schweiz auch ohne separat ausdifferenzierte Organisation den internationalen Raum in überaus differenzierter und reagibler Weise durchdringen kann.

Im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung kann die Schweiz jene Aufgaben übernehmen, bei denen - da sie sich nur schwer oder überhaupt nicht institutionalisieren lassen - unwägbare persönliche Charaktermerkmale und Talente eine besonders hohe Rolle spielen.

Dazu gehören beispielsweise:

- besonders anspruchsvolle fiduziarische Aufgaben, sei es im Bereich der päpstlichen Leibwache, der zwischenstaatlichen diplomatischen Vermittlung, sowie des Treuhand- und Bankengeschäfts, wo die 'moralische Integrität' und 'Vertrauenswürdigkeit' partikulärer Personen eine unerlässliche Voraussetzung bilden;
- technische Erfindungen, deren Entstehung meist sehr viel mehr mit persönlicher 'Intuition' als mit formalem Bildungsniveau oder systematisch betriebener Forschung zusammenhängt;
- Planungs- und Projektierungsaufgaben, die - wie z.B. die Konzeption von Industrieanlagen oder Siedlungen - wenig standardisierbare und vom Können einzelner Personen oder kleiner Teams abhängige Einzelaufträge darstellen;
- anspruchsvolle Qualitätsprodukte, die auf den differenzierten Bedarf anderer Organisationen oder oberer Schichten zugeschnitten sind, und deren Produktion hochqualifizierte Facharbeit notwendig macht;
- Erzeugnisse, die neben ihrer Produktion noch einen gutausgebauten Servicedienst für Montage, Instandhaltung etc. notwendig machen, der von peripheren, und auch ohne hierarchische Ueberwachung zuverlässig arbeitenden Fachkräften übernommen werden muss.

Es ist damit zu rechnen, dass diese im internationalen Raum bestehenden Mobilitätschancen eine zusätzliche Kraft darstellen, die innerhalb des Kleinstaates zu einer Personalisierung sozialer Strukturen (und indirekt zu einer entsprechenden Informalisierung der internen Sozialisierungs- und Rekrutierungsprozeduren) hindrängen kann.

2.3. Polyvalenz von Kultur und Technologie

Wenn Individuen - sei es im eigenen Auftrag oder in der Orientierung auf soziale Verhaltenserwartungen - sinnhaft interpretierte Leistungen (Erlebnisse oder Handlungen) vollziehen, so geschieht dies immer vermittelt und geleitet durch einen Hintergrund von präformierten, zugriffsbereiten Schemata der Sinnkonstitution, die - in einem sehr weitgefassten Wortsinne - als 'Codes' bezeichnet werden können.

Einen Teil dieser Codes hat das Individuum im Laufe seiner Biographie (als Destillat vergangener 'Erfahrungen') durch autonome Sinnkonstitution erworben, einen grösseren Teil aber aus dem Schatz der vergemeinschafteten, intersubjektiv verwalteten und tradierten Sinnbildungsverfahren übernommen, der im folgenden als 'Kultur' bezeichnet werden soll.

Aehnlich wie Individuen oder soziale Felder kann man auch kulturelle Codes unter dem Gesichtspunkt des Systems betrachten, nach ihrer Komplexität (d.h. nach der Anzahl der internen Elemente und dem Ausmass ihrer gegenseitigen Interdependenz) klassifizieren, und schliesslich nach den Gesetzen fragen, die das Verhältnis zwischen diesen drei Systemebenen regulieren.

Beschränkt man sich auf diesen einen Gesichtspunkt der Komplexität, so liegt die Schlussfolgerung nahe, dass zwischen dem Differenzierungsgrad dieser drei Ebenen vorwiegend gleichsinnige, komplementäre Beziehungen bestehen: Individuen können komplexe Codes nur lernen, wenn sie zu einer entsprechend hohen Komplexität ihres Persönlichkeitssystems gelangen, und Gesellschaften müssen ein hohes Niveau an struktureller Differenzierung entfalten, wenn sie ein komplexes Rechtssystem, eine mit Forschungsergebnissen proliferierende Wissenschaft oder ein hohes Ausmass an professionellem Berufswissen verwalten und zuverlässig überliefern wollen (vgl. Luhmann, 1972; Parson, 1959).

Diese in weitesten Kreisen der Soziologie als selbstverständlich anerkannte - und für kleine Länder natürlich wenig ermutigende - Hypothese wird aber entscheidend durch die Tatsache relativiert, dass die Kultur - wenn man sie unter anderen Gesichtspunkten als denen der Komplexität betrachtet - zur individuellen und sozialen Systemebene auch in einem Verhältnis der Substitutivität stehen und dazu verhelfen kann, diese beiden Ebenen von funktionalen Leistungen - und entsprechend auch vom Zwang zur inneren Differenzierung - zu entlasten.

Dabei geht es insbesondere um zwei Merkmale kultureller Codes, die als

- Grad der Formalisierung / Externalisierung
- Grad der Universalisierung / Abstrahierung

bezeichnet werden können.

Formalisierung / Externalisierung bedeutet, dass die Codes in ihrer Ueberlieferung nicht mehr an individuelle Gedächtnisse und informelle Gruppentraditionen gebunden bleiben, sondern auf externen Speichern (Schrift, Magnetbänder, sowie in allen Erzeugnissen 'materieller Kultur') aufbewahrt werden. Die kulturelle Systemebene erhält dadurch eine höhere Autonomie, weil ihre Codes unabhängiger vom generativen (individuellen oder sozialen) Substrat tradiert und diffundiert werden können, und weil sie - als verfestigte Automatismen - mit einem Minimum an psychologischem oder soziostrukturellem Aufwand ausgelöst und gesteuert werden können.

So macht z.B. der Buchdruck (und noch mehr Radio und Fernsehen) es möglich, dass die Rezeption kultureller Inhalte in der individuellen Privatsphäre vor sich gehen kann (vgl. Habermas, 1962), so ersetzt die von der Hausfrau bedienbare vollautomatische Waschmaschine den früher vorherrschenden öffentlichen Waschsalon (vgl. Litwak, 1968), und so hat die vollintegrierte 'Prozesstechnologie' in einer chemischen Fabrik zur Folge, dass Arbeitsteilung und Hierarchie verschwinden und die Sozialstruktur unter den Beschäftigten zu relativ archaischen informellen Gruppenbindungen regredieren kann (vgl. Blauner, 1966).

Man kann vermuten, dass kleine Länder an solchen Formalisierungen ein überdurchschnittliches Interesse haben, weil sie es ermöglichen, auf 'struktursparende' Weise (d.h. bei stagnierendem oder gar sinkendem Aufwand an struktureller Differenzierung) zusätzliche funktionale Leistungskapazitäten zu erschliessen:

- formalisierte Ausbildungsprogramme (z.B. in Form einer Fernsehuniversität oder schriftlichen Fernlehrkursen) können expandiert werden, ohne dass umfangreiche Schulanlagen gebaut, administriert und mit vollamtlichen Lehrern aufgefüllt werden müssten.
- durch eine gute Signalisierung im Strassenverkehr können die Ueberwachungs- und Steuerungsaufgaben der Polizei vermindert werden.
- die intensiven Bemühungen um eine voll computergesteuerte Verwaltungsführung können von der - nicht immer befriedigten - Hoffnung begleitet sein, auf weitere strukturelle Differenzierungen der Organisation verzichten zu können.

Unter Universalisierung / Abstrahierung soll die Entwicklung von kulturellen Codes verstanden werden, die einen sehr weitgespannten, von den Partikularitäten bestimmter Personen, Situationen etc. weitgehend unabhängigen Anwendungsbereich besitzen, und sich deshalb eignen, um in äusserst polyvalenter Weise zur Bewältigung sehr verschiedenartiger, zum voraus nicht unbedingt bekannter Problemfälle eingesetzt zu werden.

Durch Universalisierung wird es möglich, den Aufwand an - materieller oder symbolischer - Kultur zu reduzieren, der zur Ausfüllung eines bestimmten Spektrums funktionaler Leistungen notwendig ist, und dementsprechend auch das Ausmass an struktureller Differenzierung zu verringern, die zur Tradierung und Diffusion dieser Kultur, sowie zu ihrer Umsetzung in konkrete Handlungen aufrechterhalten werden muss. Dieser Zusammenhang kann am Beispiel des Berufsrollensystems einer Gesellschaft deutlich gemacht werden:

Solange die zur Ausführung bestimmter Arbeitsaufgaben notwendigen Wissensbestände und technischen Verfahren - wie dies in traditionellen Gesellschaftsformen weitgehend üblich war - je auf ganz konkrete Problemstellungen immer wiederkehrender Aufgaben zugeschnitten sind und unverbunden nebeneinander stehen, erhalten sie - da bei jeder Erweiterung des funktionalen Leistungsbereichs neue Bestandteile angegliedert werden müssen - bald eine unübersichtliche Vielfalt und horrende Komplexität: Immer mehr wächst die Zahl der verschiedenen Rollen, von denen jede mit einem immer geringeren Bruchteil des Gesamtwissens belastet werden darf; immer mehr nehmen Anzahl und Umfang der Ausbildungsgänge, Schulorganisationen, Buchpublikationen zu, um die Tradierung und Diffusion abzusichern; und immer stärker wächst der Bedarf nach institutionellen Koordinationsmechanismen (z.B. vermehrte hierarchische Niveaus), die die Integration der zunehmend heterogenen und stör anfälligen Arbeitsteilung garantieren müssen.

Demgegenüber lässt sich eine Entwicklung denken, in der die beruflichen Wissensbestände und technischen Verfahren in der Richtung auf zunehmende Universalität und Polyvalenz im Anwendungsbereich hin entwickelt werden. Auf der Basis einer solchen Kultur können Rollen und Organisationen entstehen, die je nach Problemstellung wechselnde Verhaltensprogramme und Zielsetzungen festlegen und wieder vernichten können, ohne dass die Aufrechterhaltung ihrer Struktur von der Bindung an ganz bestimmte Programme oder Zwecksetzungen abhängig wäre.

Die Geschichte zeigt, dass relativ kleine - aber sich in starker innerer Entwicklung befindliche - Gesellschaften

schon oft in führender Weise an der Entstehung universalistischer Codes beteiligt waren, und in gewisser Weise gar als 'Katalysatoren' für diesen wichtigen Prozess kultureller Evolution angesehen werden können.

Neben dem fragmentarischen System westeuropäischer Staaten im allgemeinen und den italienischen Fürstentümern der Renaissance im besonderen (vgl. Ben-David, 1971; Hauser, 1952) waren es vor allem die altgriechischen Stadtrepubliken (vor allem an der ionischen Küste), deren Errungenschaften im Bereich der von allen partikulären Gegenstandsbezügen gereinigten Mathematik (Mittelstrass, 1971), der formalen Logik (von Fritz, 1971), der universalen Ethik und der Kunst (Hauser, 1952) als Adaptationen an eine Situation der Kleinstaatlichkeit verstanden werden können. Bei diesem Vergleich mit früheren Stadtrepubliken drängt sich die Frage auf, inwiefern auch hochentwickelte Kleinstaaten sich an der Entwicklung universaler, abstrakter Sinnkonstitutionsverfahren beteiligen, bzw. derartige Codes bevorzugt aus dem Ausland übernehmen.

Zur Sensitivierung auf diese Fragestellung hin sollen zwei Illustrationen angefügt werden, die - obwohl sie auf den ersten Blick kaum etwas miteinander gemeinsam zu haben scheinen - zwei Ausdrucksformen einer identischen Problematik darstellen.

1) 'Polyvalente' Technologie:

Die verzweifelte Suche der schweizerischen Luftwaffe nach dem möglichst 'polyvalenten' Kampfflugzeug, das für alle Partikularitäten der schweizerischen Topographie und für eine grosse Streubreite möglicher Angriffssituationen und verteidigungsstrategischer Konzepte in gleicher Weise geeignet ist, widerspiegelt eine sehr viel allgemeinere Problematik, die an zahlreichen Stellen auftritt, wo kleine Staaten versuchen, ihre Leistungskapazitäten ohne Verlust an Autarkie zu erhöhen.

Vor eine analoge Situation sehen sich etwa kleinere, an den heimischen Absatzmarkt gebundene Firmen gesetzt, die technische Ausrüstungen mit möglichst variablem Verwendungszweck (z.B. Mehrzweck-Transportfahrzeuge, Revolver-Drehbänke, Universal-Computer etc.) benötigen, oder Forschungsinstitute, die - wie z.B. das 'SIN' (Schweizerisches Institut für Nuklearforschung) - im Rahmen der nationalen Wissenschaftspolitik ein relativ breites Aufgabenspektrum zugewiesen erhalten, und deshalb nicht allzu spezialisierte, die Fragestellungen der Forschung im voraus präjudizierende Apparaturen anschaffen sollten.

Bevorzugt wird unter solchen Bedingungen wahrscheinlich eine möglichst analytisch zerlegbare, nach dem 'Baukastenprinzip' verfahrenende Technologie, die es möglich macht,

allein durch Neukombination alter oder durch Hinzufügen neuer Einzelbestandteile neuartige funktionale Möglichkeiten zu erzeugen.

Ein fast idealtypisches Beispiel für dieses Prinzip bietet natürlich die mit der Kombinierung von einfachen Kohlenwasserstoffen oder Proteinen beschäftigte organische Chemie. Die 'struktursparende' Wirkung der organischen Chemie zeigt sich heute noch, wo die damit befassten Firmen sich von den heimischen Märkten längst emanzipiert haben und zu multinationalen Konzernen geworden sind:

Die chemische Industrie macht es möglich, innerhalb einer einzigen Unternehmung, ja eines einzigen Betriebes, eine Vielzahl von Produkten zu erzeugen, die auf Grund ihrer verschiedenartigen Funktionalität (als Farbstoffe, Pharmazeutika, Kosmetika etc.) auf den unterschiedlichsten Märkten Verbreitung finden. Dadurch sinkt die Abhängigkeit von jedem einzelnen dieser Märkte und die Einzelunternehmung kann ein Niveau an Flexibilität und Stabilität erhalten, das - bei geringerer Polyvalenz des Produktionsprogramms - nur durch ein äusserst diversifiziertes System verschiedener Unternehmungen oder Industrien erreicht werden könnte.

2) Allgemeine Theorie

Aehnlich wie die formale Logik oder Mathematik bei den alten Griechen können heute allgemeine wissenschaftliche Theorien strukturelle Differenzierungen überflüssig machen, weil sie es ermöglichen, durch Anwendung allgemeiner Gesetze und Berücksichtigung der jeweils geltenden Randbedingungen die jeweils notwendigen Verhaltensprogramme und sozialen Kooperationsformen ad hoc immer neu zu deduzieren und den Spezifitäten der Problemstellung laufend anzupassen.

Es sei den Verfassern erlaubt, zur Illustration auf das ihm besonders naheliegende Beispiel der schweizerischen Soziologie (und der Probleme ihrer Institutionalisierung) hinzuweisen:

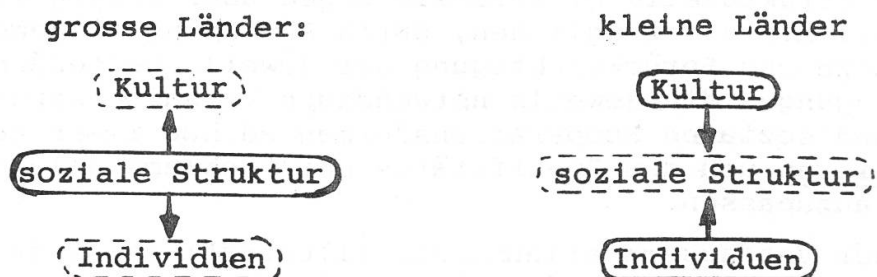
Angeichts der Knappheit an materiellen Mitteln, institutioneller Infrastruktur und ausgebildeten Soziologen einerseits und angesichts der Heterogenität der von der Gesamtgesellschaft ausgehenden Ansprüche (auf Forschungsleistungen) andererseits erscheint es nicht sinnvoll, eine allzu weitgehende arbeitsteilige Differenzierung zwischen verschiedenen Soziologen (bzw. soziologischen Instituten) anzustreben, wie sie in anderen Ländern (z.B. USA oder BRD) üblich geworden ist.

Denn bei einer solchen funktionalen Spezialisierung entsteht die Gefahr

- dass die einen (Personen oder Organisationen) mit Arbeit überlastet sind, während viele andere für ihre einseitige Spezialität keinen 'nationalen Markt' finden könnten, der gross genug wäre, um sie voll und auf lange Frist zu beschäftigen.
- dass infolge der knappen Ressourcen zahlreiche Spezialgebiete gar nicht berücksichtigt werden könnten.

Hier bietet sich nun der Ausweg, relativ abstrakte und allgemeine Begriffe, Theorien und Forschungsmethoden zu entwickeln, die für gleichzeitig sehr verschiedenartige Fragestellungen bei Forschung oder Expertisen Anwendbarkeit besitzen und auch bei einem raschen und nicht voraussehbaren Wechsel der Objektbereiche und Interessenschwerpunkte invariant gehalten werden könnten (vgl. Geser/Höpflinger, 1974). Das Schwergewicht verlagert sich dann von den Institutionen zu den einzelnen Individuen, die die abstrakten Denkmittel je auf spezifische Situationen hin konkretisieren, und auf Grund dieser Selektionen soziale Verhältnisse (z.B. Zusammensetzung von Teams) erzeugen.

Zwischen kleinen und grossen Ländern wären dann systematische Unterschiede in den Beziehungen zwischen kultureller, sozialer und individueller Ebene zu erwarten, die kurz folgendermassen zusammengefasst werden können:



In grossen Ländern wird die soziale Ebene in Form von stabilen Organisationsformen, Rollen etc. stark differenziert und stabilisiert. Entsprechend strahlt die soziale Ebene eine hohe Wirkung auf die beiden anderen Sinnebenen aus:

- auf die Individuen, deren Rekrutierung, Sozialisierung und Verhaltenskontrolle starken sozialen Normen unterliegt;
- auf die kulturelle Produktion, die im wesentlichen wissenssoziologisch als ein Produkt der sozialen Verhältnisse beschrieben werden kann.

In kleinen Ländern dagegen wird die soziale Ebene - da deren Fixierung mit allzu untragbaren Einseitigkeiten und Starrheiten einhergehen würde - flexibel gehalten und

bleibt offen, um von den beiden anderen Sinnebenen gesteuert zu werden:

- von den kulturellen Symbolsystemen, die sich autonom systematisieren können und - je nachdem, mit welchen situativen Randbedingungen sie spezifiziert werden - Selektionsleistungen generieren, die für die Ebene der sozialen Organisation verbindlich sind;
- von den Individuen, die auf sozial wenig kontrollierte Weise darüber bestimmen, auf welche Ziele und Zwecke die universalisierten Symbolsysteme hin Verwendung finden sollen, und dabei unmittelbar auch zu einer Festlegung von Rollen und Organisationsformen gelangen.

2.4. Polyvalenz von sozialen Systemen

Bisher wurde von der Annahme ausgegangen, dass strukturelle Differenzierung (d.h. die Ausdifferenzierung und Reintegration immer neuer, funktionspezifischer Einzelkomponenten) die einzige Form darstellt, in der soziale Systeme ihre innere Komplexität (und damit ihre funktionale Kapazität) steigern können. Denn nur so ist es erklärbar, dass in kleinen Staaten soziale Struktur leicht 'knapp' werden kann, und warum Wege gesucht werden müssen, um die daraus entstehenden funktionalen Defizienzen durch eine substitutive Ausdifferenzierung der a) individuellen oder b) der kulturellen Systemebene zu kompensieren. Bei all dem aber blieb die naheliegende Frage unbeantwortet, ob es vielleicht auf dem sozialen Systemniveau selbst funktionale Äquivalenzen für strukturelle Differenzierung gibt, mit deren Hilfe kleine Länder ihre Entwicklung auf weniger strukturaufwendige Weise vorantreiben könnten.

Eine solche Alternative bestände etwa im Aufbau von besonders polyvalenten Sozialsystemen, die funktional vielseitig verwendbar sind und denen zahlreiche neu auftretende Leistungen abverlangt werden könnten, für die sonst neue, funktional spezifischere Subsysteme ausdifferenziert werden müssten. Eine solche Erhöhung struktureller Polyvalenz kann in der Form zwei verschiedener Strategien geschehen, die unter sich wiederum in gewissem Masse funktional äquivalent (d.h. substitutiv) sind:

- Polyvalenz durch verschiedenartige Kombination von Rollen und Organisationen.
- Polyvalenz durch intraorganisationelle Transformation.

1) Polyvalenz durch Kombination

Indem sich Verhaltenserwartungen zu Rollen, Rollen zu Organisationen, und Organisationen zu interorganisationellen und interinstitutionellen Kombinationen zusammenfügen, bilden soziale Systeme - ähnlich wie die Systeme im biologischen und physikalischen Bereich - mehrstufige Gebilde, die ihre Funktionalität aus der Anzahl und Anordnung ihrer internen Subsysteme, wie auch aus ihrer Position in den umfassenderen Systemniveaus gewinnen (vgl. Laszlò, 1972).

Ein zusätzliches zentrales Merkmal solcher Systeme aber besteht im Ausmass, in dem die einzelnen Niveaus voneinander differenziert und unabhängig voneinander variierbar sind: Im einen Extremfall sind die vertikalen Zuordnungen so fixiert, dass bestimmte Verhaltenserwartungen nur im Rahmen einer Rolle, bestimmte Rollen nur innerhalb einer partikulären Organisation und bestimmte Organisationen nur im Allianzverhältnis mit vorgegebenen anderen Organisationen gedacht werden können.

Im anderen Extremfall sind die Zuordnungen so flexibel, dass sich die Einzelkomponenten - analog zu der nach dem 'Baukastenprinzip' verfahrenen Technologie - zu den verschiedenartigsten Aggregaten mit den unterschiedlichsten funktionalen Eigenschaften zusammenfügen lassen, ohne dass gegenwärtige Allianzverhältnisse durch vergangene determiniert und zukünftige präjudizieren würden.

Diese Fungibilität der Strukturelemente ist zur strukturellen Differenzierung insofern substitutiv, als sie es ermöglicht, dank rationellerer Ausnützung bestehender Rollen und Organisationen auf die Angliederung neuer zu verzichten: Je mehr z.B. eine Organisation darauf zählen kann, dass sie im Bedarfsfall jederzeit neue Verhaltenserwartungen definieren, neue Rollen angliedern oder durch eine Allianz mit einer - bisher vielleicht ganz fernstehenden - Organisation neuartige funktionale Leistungen und Ziele erwerben kann, desto mehr kann sie darauf verzichten, innerhalb ihres eigenen Systems eine komplexe, auf alle möglichen Situationen hin ausgerichtete Struktur permanent aufrechtzuerhalten.

So lässt sich zum Beispiel vermuten, dass Organisationen in Kleinstaaten es besonders gewinnbringend finden, sich gegenüber allen möglichen Allianzen mit anderen Organisationen offen und disponibel zu halten, und dass sie entsprechend ein mehr auf Kooperation als auf Konflikt hin ausgerichtetes normatives Feld aufrechterhalten, um (z.B. durch Verzicht auf 'extreme' und rigide Positionen und durch Pflege 'prophylaktischer' informeller Interaktion) das Klima für solch wechselnde, nicht zum voraus bestimmte Arrangements günstig zu erhalten.

Ein wichtiges Beispiel dafür bietet wohl die Zusammenarbeit zwischen Stellen der Öffentlichen Verwaltung und privaten Organisationen, die vor allem während des 2. Weltkriegs stark ausgebaut worden ist, und mit Bestimmtheit eine grosse Expansion der Staatsverwaltung verhinderte (Meyer, 1968; Neidhart, 1970). In die gleiche Richtung weist auch die wiederholt bestätigte Feststellung, dass die Führer politischer Institutionen und parapolitischer Verbände zusammen mit den Eliten aus anderen institutionellen Bereichen eine Atmosphäre hoher Vertraulichkeit und dichter informeller Interaktion aufrechterhalten (vgl. Schumann, 1971; Gierisch, 1974). Wahrscheinlich stehen damit auch gewisse Neigungen zu 'pragmatischen' oder 'opportunistischen' Einstellungen in Zusammenhang, wie sie dem politischen Verhalten des Schweizers wiederholt attestiert worden sind, und wie sie vor allem im hohen Gewicht der spezifischen Interessenverbände (gegenüber den mehr diffusweltanschaulich ausgerichteten Parteien) zum Ausdruck kommen (vgl. Neidhart, 1970; Schumann, 1971).

2) Polyvalenz durch Transformation

Eine zweite Möglichkeit, um trotz geringer struktureller Differenzierung soziale Organisationsformen mit vielseitigen funktionalen Leistungskapazitäten (d.h. hoher Polyvalenz) zu erzielen, besteht im Aufbau von ultrastabilen Sozialsystemen, die je nach Bedarf mit verschiedenen strukturellen Zustandsformen 'programmiert' werden können. Eine solche systeminterne Polymorphie lässt sich etwa dadurch erreichen, dass die Mitglieder gleichzeitig in einer Mehrzahl sehr verschiedener, divergierender Rollen am sozialen System partizipieren, und dass mittels ad hoc-Entscheidungen oder durch institutionalisierte 'Metanormen' festgesetzt wird, welche dieser Rollen in einem bestimmten Augenblick aktualisiert, bzw. latent gesetzt werden sollen.

Ob die schriftlichen Regeln der formalen Organisation oder die Gruppennormierungen der 'informellen Organisation' den Vorrang haben sollen ...

Ob eine Entscheidungsfindung eher durch zentralistische Führung oder durch breite Diskussion, eher durch Sachexpertise oder demokratische Abstimmungen erzielt werden soll ...

Ob bestimmte Problemlagen eher unter der Perspektive partikulärer Interessen oder des Gemeinwohls, eher unter lokalschweizerischem oder kosmopolitisch-internationalem Gesichtspunkt betrachtet werden sollten ...

solche und ähnliche Normierungen bilden den Gegenstand von systeminternen Reflexivitätsmechanismen (Transformationsregeln oder Meta-Entscheidungen), mit deren Hilfe im System bestimmte strukturelle Zustände (und damit auch funktionale Kapazitäten) festgelegt werden, die aber - anstatt sich ein für allemal zu fixieren - reversibel bleiben und zu einem anderen Zeitpunkt wieder anders vorgenommen werden können.

Obwohl die interne Transformationskapazität sozialer Systeme bisher nie ein Gegenstand systematischer Untersuchung geworden ist, kennt man solche Transformationen.

- bei kleinen Gruppen, die zwischen dem Pol der 'expressiven' und dem Pol der 'instrumentalen' Führerschaft oszillieren (Bales, 1950),
- beim Staat, der - etwa durch 'Notstandsgesetze' in Zeiten externer Bedrohung - auf institutionalisierte Weise in einen Zustand höherer Zentralisierung übergehen kann,
- beim Militär, das sich in Friedenszeiten als beinahe idealtypische Bürokratie präsentiert, aber im aktiven Kampf in kleinere, informelle, durch das Charisma ihrer Offiziere gelenkte Gruppen zerfällt (vgl. Stouffer, 1949; Shils/Janowitz, 1948).

Es ist denkbar, dass kleine Länder wie die Schweiz in besonders hohem Masse die Ausdifferenzierung von ultrastabilen Sozialsystemen begünstigen, und dass sie dabei vor allem auf die Kumulation von Rollen abstellen, die bei vielen ihrer Mitglieder (vor allem innerhalb der Eliten) zwangsläufig entsteht: So können die Institutionen der Legislative als polymorphe Sozialsysteme gekennzeichnet werden, weil die einzelnen Parlamentarier sich nicht nur als Parteipräsentanten und als 'Vertreter des Gemeinwohls' definieren, sondern auch als Mitglieder zahlloser 'interfraktioneller Clubs' (zur Unterstützung der Bauern, Hotellerie, Verkehrsbetriebe etc.), die zum grössten Teil der Zeit zwar in Latenz verharren, aber bei entsprechenden Sachfragen jederzeit aktualisiert werden können (vgl. Schumann, 1971).

In ähnlichem Sinne können die Bestrebungen zahlreicher kleinerer Gemeinden und Kantone verstanden werden, äusserst vielseitig verwendbare Fürsorgeinstitutionen aufzubauen, die je nach Bedarf allen Altersgruppen offenstehen und sowohl freiwillige wie gesetzliche Einzelhilfe leisten.

Es ist denkbar, dass der Uebergang von traditionell-undifferenzierten zu ultrastabil-polymorphen Sozialsystemen für kleine Gesellschaften (und vielleicht auch für unterentwickelte Länder) einen Weg darstellt, um auf sehr kontinuierliche und unauffällige Weise ihr soziales System zu modernisieren, d.h. ohne Angliederung immer neuer Subsysteme dennoch zusätzliche Leistungskapazitäten zu gewinnen.

Leider hat es die einseitig auf das Phänomen der strukturellen Ausdifferenzierung hin orientierte Soziologie versäumt, der alternativen Möglichkeit zunehmender Polyvalenz (auf individueller, kultureller und sozialer Ebene) genügend Beachtung zu schenken. Indem man 'Modernisierung' und

'Entwicklung' mehr vom Aufwand an struktureller Differenzierung als vom Niveau funktionaler Leistungen her (d.h. mehr durch die Kosten als durch den Ertrag) definierte, hat man sich bisher die Möglichkeit verbaut, nach funktionalen Aequivalenzen für strukturelle Differenzierung zu fragen, die sowohl den entwickelten Kleinstaaten als auch den unterentwickelten Ländern besser zugänglich wären.

BIBLIOGRAPHIE

- Bales R.R. (1950): Interaction Process Analysis. Cambridge, Mass.
- Ben-David J. (1971): The Scientists Role in Society. Englewood Cliffs, N.J.
- Blauner R. (1966): Alienation and Freedom. Chicago.
- Burns T., Stalker G.M. (1961): The Management of Innovation. London.
- Dahl R.A., Tufte E.R. (1974): Size and Democracy. Stanford.
- Durkheim E. (1893): De la Division du Travail Social. Paris.
- Eisenstadt S.N. (1974): The Behavior of Small States. (unveröffentlichtes Manuskript).
- Fritz K. v. (1970): Grundprobleme der Geschichte der antiken Wissenschaft. Berlin / New York.
- Geser H., Höpflinger F. (1974): Soziologische Anmerkungen zu einer Diffusionspolitik der Soziologie. (unveröffentlichtes Manuskript).
- Gierisch B.M. (1974): Interest Groups in Swiss Politics. (unveröffentlichtes Manuskript).
- Gruner E. (1973): Politische Führungsgruppen im Bundesstaat. Bern.
- Habermas J. (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied.
- Hauser A. (1952): Sozialgeschichte der Kunst und Literatur. München.
- Kornhauser W. (1965): The Politics of Mass Society. London.
- Laszlo E. (1972): Introduction to Systems Philosophy. New York.
- Lijphart A. (1968): Typologies of Democratic Systems. In: Comparative Political Studies, 1, S. 3-44.
- Litwak E. (1968): Technological Innovation and Theoretical Functions of Primary Groups and Bureaucratic Structures. In: American Journal of Sociology, 73, S. 468-481.
- Luhmann N. (1964): Funktionen und Folgen formaler Organisation. Berlin.
- Luhmann N. (1971): Gesellschaft. In: Soziologische Aufklärung, Opladen.
- Luhmann N. (1972): Rechtssoziologie I, II. Reinbek/Hamburg.
- Meyer K. (1968): Verbände und Demokratie in der Schweiz. Olten.
- Mittelstrass J. (1971): Neuzeit und Aufklärung. Berlin / New York.

- Neidhart L. (1970): Plebiszit und Pluralitaere Demokratie. Bern.
- Perrow Ch. (1970): Organizational Analysis. London.
- Parsons T. (1959): Structure and Process in Modern Societies. Glencoe, Ill.
- Schuhmann K. (1971): Das Regierungssystem der Schweiz. Berlin.
- Schweiz. Wissenschaftsrat (1973): Forschungsbericht. Bd. 1. Bern.
- Shils E.A., Janowitz M. (1948): Cohesion and Disintegration in the Wehrmacht in World War Two. In: Public Opinion Quarterly, 12, S. 280-315.
- Stouffer S.A. (1949): The American Soldier. Princeton.
- Tocqueville A. (1835): La démocratie en Amérique. Paris.
- Vital D. (1971): The Survival of Small States. London.
- Weil G.H. (1970): The Benelux Nations; the politics of small-country democracies. New York.

Hans Geser
François Höpflinger
Soziologisches Institut
der Universität Zürich
Wiesenstrasse 9
8008 Z ü r i c h